

KV-Nr.: 2572

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

PP Dortmund

PI Nord

Einsendende Polizeidienststelle

1

VAB	Name/Amtsbezeichnung des aufnehmenden Beamten Gerke, PM'in
	Datum/Uhrzeit der Anzeigenerstellung 25.05.2001 11:56 Uhr

☒ TOA vorgeschlagen

☒ TOA zugestimmt

Strafanzeige

TAE	Straftat Unterschlagung		Versuch (TQU) <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
	§§ 246 StGB			
TTZ	Tatzeit von Mittwoch, 08.05.2001 bis			
TTO	Tatort Dortmund, Am Amtshaus 22 (Parkplatz)			PI Nord
Erlangtes Gut (Bei Schecks und Scheckkarten: Konto-Nr. und Geldinstitut) PKW Volkswagen Sharan Fahrgestell-Nr. WVWZZZ1HZRW703958 Amtl. Kennzeichen DO-MZ 423				
Beweismittel				
TSE	Schadenssumme erlangtes Gut			
Versicherung				
Spurensicherung		<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Am	Durch
PAR	Anlass	TV Tatverdächtiger		GO Geschädigter/Opfer
PFN	Familienname	Plassmann		Volksbank Do-Nordwest
PGB	Geburtsname	Borgelt		
PVN	Vorname	Carina		
PGD	Geburtsdatum	07.06.1963		
PGO	Geburtsort	Herne		
PNA	Nationalität	Deutsch		
PAT	Beruf			
PLA	Letzter Aufenthalt	Bahnhofstraße 146		Am Amtshaus 22
	PLZ/Ort	44629	Herne	44359 Dortmund
	Telefon	privat		Privat
		Tagsüber		Tagsüber 0231 33700

PAR	Anlass	TV Tatverdächtiger		Hinweisgeber/Zeuge	
PFN	Familienname			Külke	
PGB	Geburtsname			Külke	
PVN	Vorname			Martina	
PGD	Geburtsdatum			10.02.1965	
PGO	Geburtsort			Unna	
PNA	Nationalität			Deutsch	
PAT	Beruf			Bankkauffrau	
PLA	Letzter Aufenthalt			Auf der Lette 17	
	PLZ/Ort			59192	Bergkamen
	Telefon	Privat		Privat 02306 143977	
		Tagsüber		Tagsüber 0231 33700	

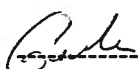
Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich mich strafbar mache, wenn ich durch wissentlich falsche Angaben absichtlich einen anderen zu Unrecht verdächtige (§ 164 StGB), die Bestrafung eines anderen vereitele (§ 258 StGB) oder einen anderen begünstige (§ 257 StGB). Ferner wurde mir gesagt, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine Straftat nur vortäusche.

O.g. Anzeigende erscheint, überreicht anliegende Unterlagen in Kopie und erklärt dazu:

„Am 06.09.1999 nahm die Beschuldigte bei der Volksbank Dortmund-Nordwest, deren Geschäftsstelle in Dortmund-Mengede ich leite, einen Darlehensvertrag in Höhe von 90.000 DM auf und erhielt die entsprechenden Valuta ausgezahlt. Als Sicherungsgut übertrug die Beschuldigte einen PKW (VW Sharan) an die Volksbank. Die Beschuldigte geriet mit den Rückzahlungen, nachdem sie die erste Rate noch fristgemäß gezahlt hatte, in Verzug. Da aber weitere Zahlungen eingingen und mündliche Zusagen seitens der Beschuldigten gemacht wurden, leitete die Bank zunächst keine weiteren Maßnahmen ein. Trotz mehrfacher Mahnungen gab die Beschuldigte das Fahrzeug nicht an die Bank zurück. Termin war der 08.05.2001. Am 08.05.2001 rief die Beschuldigte bei mir an und bat, von einer Realisierung der Sicherheit abzusehen. Sie werde bis zum 20.05.2001 einen Teilbetrag von 10.000 DM zahlen. Ihr wurde daraufhin erklärt, bei fristgerechter Bezahlung und sodann folgender Wiederaufnahme von Ratenzahlungen würden wir den PKW vorläufig weiterhin in ihrem Besitz belassen. Tatsächlich erfolgten keine weiteren Tilgungen. Maßnahmen zur zwangsweisen bzw. gerichtlichen Durchsetzung unseres Eigentumsanspruches haben wir noch nicht getroffen und sind zur Zeit auch nicht beabsichtigt. Durch die Strafanzeige möchten wir allerdings den Druck auf Frau Plassmann erhöhen, damit sie endlich ihre Verbindlichkeiten begleicht.

Der Originalfahrzeugbrief befindet sich in der Bank.“

geschlossen:


 (Gerke, PM'in)

selbst gelesen, genehmigt
 und unterschrieben


 (Martina Külke)



Darlehensvertrag

Nr. 50 130362

Zur bankinternen Bearbeitung

Darlehensnehmer (Name/Anschrift, ggf. Geburtsdatum)	Bank
Modeschule Inh. Carina Plassmann Bahnhofstr. 146 44629 Herne	Volksbank Dortmund-Nordwest eG Am Amtshaus 22 44359 Dortmund

Darlehensnehmer und Bank schließen folgenden Vertrag:

1. Höhe des Darlehens:

Die Bank stellt dem Darlehensnehmer ein Darlehen zur Verfügung in Höhe von

DM 90.000, --

2. Verwendungszweck: Umschuldung Kontokorrent

3. Konditionen:

3.1 Verzinsung: Das Darlehen ist ab dem Tag der Auszahlung mit 12,75 % jährlich zu verzinsen.

Dieser Zinssatz ist ☒ variabel ☐ festgeschrieben bis zum _____.

Die Bank kann bei Erhöhungen des Marktzinses den Zinssatz – bei einer Zinsfestschreibung frühestens mit deren Ablauf – in angemessener Weise anheben; bei Senkungen des Marktzinses wird sie den Zinssatz – bei einer Zinsfestschreibung frühestens mit deren Ablauf – in angemessener Weise herabsetzen.

Zinsanpassungen wird die Bank dem Darlehensnehmer mitteilen.

Bei einer Erhöhung des Zinssatzes kann der Darlehensnehmer den Darlehensvertrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Darlehensnehmer, so wird der erhöhte Zinssatz nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Zeit einräumen.

☐ Die Zinsen werden aus dem jeweiligen Darlehenssaldo berechnet. ☐ Die Zinsen werden berechnet aus dem Darlehenssaldo jeweils zum _____ bis zum ersten auf die vollständige Auszahlung folgenden Stichtag werden die Zinsen aus dem jeweiligen Darlehenssaldo berechnet.

Die Zinsen sind fällig am 30. eines jeden

☒ Monats ☐ Kalendervierteljahres ☐ Kalenderhalbjahres ☐ Kalenderjahres

3.2 Auszahlung: Das Darlehen wird zu einem Auszahlungskurs von 100,0 % ausgezahlt.
Das Disagio beträgt _____

DM _____

Es ist fällig: ☐ in voller Höhe bei Auszahlung des Darlehens oder eines ersten Teilbetrages ☐ anteilig bei jeder Teilauszahlung ☐ unabhängig vom Tag der Auszahlung am _____

3.3 Bearbeitungsgebühr: die einmalige, sofort fällige, nicht laufzeitabhängige Bearbeitungsgebühr beträgt _____ % vom Darlehensbetrag.

4. Nebenleistungen:

☐ Jährlicher Verwaltungskostenbeitrag
☐ Bereitstellungsprovision von _____ % pro _____ auf den ab _____
Nicht zur Auszahlung kommenden Betrag bis zur vollen Auszahlung, jeweils fällig mit den Zinsen.

☐ Einmalige Abstandsprovision von _____ % auf den endgültig nicht zur Auszahlung kommenden Darlehensteilbetrag. Den Vertragsparteien bleibt der Nachweis vorbehalten, ein Schaden sei wesentlich Niedriger oder höher oder überhaupt nicht entstanden.

☐ Kontoführungsgebühr 3,- DM/Monat

DM _____
DM _____

5. Darlehensrückzahlung: Das Darlehen ist wie folgt zurückzuzahlen:

5.1 ☒ in voller Höhe am Restsumme ist am 30.11.1999 fällig

5.2 ☒ in Raten von DM 5.000,- jeweils fällig am 30.09./31.10., erstmals am 30.09.1999
Daneben sind in den Fällen 5.1 und 5.2 die Zinsen zu den in 3.1 vereinbarten Fälligkeitsterminen zu zahlen.

☐ In Höhe von _____ % jährlich vom ursprünglichen Darlehensbetrag zuzüglich der durch Tilgung ersparten Zinsen.

Demnach beträgt die Leistungsrate aus Zins und Tilgung z. Zt. DM _____
jeweils fällig am _____ erstmals am _____

☐ in gleichbleibenden Raten für Zins und Tilgung von DM _____ jeweils fällig am _____
erstmals am _____ mit vorrangiger Verrechnung auf die Zinsen.

Bei Zinssatzänderungen können die Leistungsraten in den Fällen von 5.3 und 5.4 entsprechend geändert werden. Die neuen Leistungsraten wird die Bank dem Darlehensnehmer mitteilen.

Soweit nichts anderes vereinbart wurde, werden fällige Beträge (z.B. Zinsen oder Leistungsraten) dem

Girokonto Nr. 130 362 belastet.

6. Sicherheiten: Neben den der Bank bereits bestellten und aufgrund der nach Nr.14 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank haftenden Sicherheiten stellt der Darlehensnehmer der Bank mit gesonderten Vereinbarungen noch folgende Sicherheiten, die nicht nur dieses Darlehen, sondern alle bestehenden und künftigen Ansprüche der Bank absichern:

Sicherungsübereignung PKW

Bei einer Verschlechterung oder erheblichen Gefährdung der Vermögenslage des Darlehensnehmers, eines Mithaftenden oder eines Bürgen oder bei einer Veränderung des Sicherungswertes der im Vertrag vorgesehenen zu bestellenden Sicherheiten, durch die das Risiko der ordnungsgemäßen Rückführung des Darlehens gegenüber dem Zustand bei Vertragsabschluß nicht unwesentlich erhöht wird, kann die Bank vom Darlehensnehmer die Bestellung zusätzlicher geeigneter Sicherheiten nach ihrer Wahl verlangen, auch wenn bisher keine Bestellung von Sicherheiten vereinbart war. Das Gleiche gilt, wenn die Angaben über die Vermögensverhältnisse des Darlehensnehmers, eines Mithaftenden oder eines Bürgen sich nachträglich als unrichtig herausstellen.
Das Darlehen kann erst in Anspruch genommen werden, wenn sämtliche Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehen Sicherheiten bestellt wurden und die Bank deren Ordnungsmäßigkeit geprüft hat.

7. Weitere Darlehensbedingungen

Sondertilgungen sind jederzeit möglich.

Bei Kreditablauf (30.11.1999) wird der Restbetrag fällig.

Ergänzend gelten die **Allgemeinen Darlehensbedingungen (ADB)** und die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)** der Bank. Die AGB können in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden. Auf Verlangen werden sie ausgehändigt.

Dortmund, 06.09.1999
Ort, Datum

Plassman
Darlehensnehmer

Dortmund, 06.09.1999
Ort, Datum

Volksbank Dortmund-Nordwest eG
Tel:33700 BLZ 44060122
Am Amtshaus 22
44359 Dortmund

Kück
Bank

Vom Abdruck der in Anlage beigegefügt ADB hat das LJPA abgesehen.



Sicherungsübereignungsvertrag Kraftfahrzeug		Nr. 130 362
Sicherungsgeber (Name, Anschrift) Carina Plassmann Bahnhofstr. 146 44629 Herne		Bank Volksbank Dortmund-Nordwest eG Am Amtshaus 22 44359 Dortmund

Sicherungsgeber und Bank schließen folgenden Sicherungsvertrag:

1 Zur Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche der Bank oder eines die Geschäftsverbindung fortsetzenden Rechtsnachfolgers der Bank

gegen (Schuldner)	Modeschule Inh. Carina Plassmann Bahnhofstr. 146 44629 Herne
-------------------	---

oder dessen Gesamtrechtsnachfolger und – bei einer Firma oder Gesellschaft – gegen deren Gesamtrechtsnachfolger

aus der Geschäftsverbindung, insbesondere

- aus laufender Rechnung und aus der Gewährung von Krediten jeder Art, wechseln, Schecks, Lieferungen oder Leistungen,
 - aus Bürgschaften, sowie sonstigen Verpflichtungserklärungen für Dritte, jeweils ab deren Fälligkeit, sowie
- aus im Rahmen der üblichen Bankgeschäfte von Dritten erworbenen Forderungen, Wechseln und Schecks, auch wenn die Sicherheit anlässlich einer bestimmten Kreditgewährung bestellt wird,

übereignet der Sicherungsgeber der Bank hiermit das nachstehend bezeichnete Kraftfahrzeug mit Bestandteilen und Zubehör:

Fabrikat Volkswagen	Typ Sharan	Art PKW gesch. Schadstoffarm E2	
Erstzulassung 20.08 1999	Fahrgestell-Nr. WVWZZZ1HZRW703958	Amtl. Kennzeichen HER-CP 212	Kraftfahrz.-/Anhänger-Brief-Nr. BA 771 505

2 Der Sicherungsgeber erklärt,

- dass er Eigentümer des Kraftfahrzeugs ist
- dass er frei über sein Fahrzeug verfügen kann.

Der Sicherungsgeber ist zur Abgabe dieser Erklärung nicht berechtigt, wenn das Kraftfahrzeug ihm unter Eigentumsvorbehalt geliefert und bei Abgabe der Erklärung noch nicht restlos bezahlt oder bereits anderweitig sicherungsübereignet ist.

3 Sicherungsgeber und Bank sind sich darüber einig, dass das Eigentum an dem Kraftfahrzeug mit Bestandteilen und Zubehör auf die Bank übergeht.

Die Übergabe des Kraftfahrzeuges wird durch folgende Vereinbarung ersetzt:

3.1 Die Bank belässt dem Sicherungsgeber das als Sicherheit dienende Kraftfahrzeug zur unentgeltlichen Verwahrung in seinem unmittelbaren Besitz und gestattet ihm, vorbehaltlich eines Widerrufs, seine weitere Benutzung.

Der Sicherungsgeber verpflichtet sich, das Kraftfahrzeug pfleglich zu behandeln und instand zu halten.

3.2 Befindet sich das Kraftfahrzeug im Besitz Dritter, so tritt der Sicherungsgeber hiermit die Herausgabeansprüche gegen die Dritten an die Bank ab.

Der KFZ-Brief wird gleichzeitig der Bank übergeben.

(....)

9. Die Bank ist befugt, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere wenn der Sicherungsgeber oder Schuldner ihren Verpflichtungen der Bank gegenüber nicht nachkommen, das Kraftfahrzeug in ihren unmittelbaren Besitz zu nehmen. In diesem Fall ist es der Bank auch gestattet, das Kraftfahrzeug auf Kosten des Sicherungsgebers an anderer Stelle einzustellen. Macht die Bank hiervon Gebrauch, so beschränkt sich ihre Verantwortlichkeit auf sorgfältige Auswahl des Verwahrers (Hinterlegung bei einem Dritten nach § 3691 Satz des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Vom Abdruck der übrigen Punkte des Vertrages hat das LJPA abgesehen.

Dortmund, 06.09.1999

Ort, Datum

Darlehensnehmer

Dortmund, 06.09.1999

Ort, Datum

Bank

Volksbank Dortmund-Nordwest eG
Tel: 33700 BLZ 44060122
Am Amtshaus 22
44359 Dortmund

An Frau
Carina Plassmann
Moderschule Plassmann
44629 Herne

Auskunft erteilt: Herr Stotz
Telefon: (0231) 3370-61
Unser Zeichen: St/Pl
Datum: 12.04.2000

Kreditkündigung - Kreditarrangement 130 362

Sehr geehrte Frau Plassmann,

wir sprechen hiermit die Kreditkündigung des o.g. Arrangements zum 30.04.2000 aus.

Der Saldo von 44.559,15 DM zuzüglich auflaufender Zinsen wird zu diesem Tag fällig.

Wir fordern die Herausgabe der gestellten Sicherheit.

Wir kündigen Ihnen an, dass im Falle der Nichtherausgabe der PKW von uns zum 01.05.2000 abgemeldet werden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Volksbank Dortmund-Nordwest eG

gez.
Külke

gez.
Stotz

An Frau
Carina Plassmann
Modeschule Plassmann
Bahnhofstr. 146
44629 Herne

Auskunft erteilt:
Telefon:
Unser Zeichen:
Datum:

Frau Külke
(0231)3370-15
St/Pl
02.05.2001

Kreditarrangement 130 362

Sehr geehrte Frau Plassmann,

Nach unseren mündlichen Vereinbarungen wollten Sie den restlichen Darlehensbetrag von 21.289,28 DM bis Ende letzter Woche auf Ihr Konto einzahlen.
Alle Ihre Versprechen haben Sie nicht erfüllt. Sie kommen nur auf uns zu, wenn die Not groß ist.

Ich fordere Sie auf, den PKW VW Sharan KFZ-Brief-Nr. BA 771 505 bis zum 08.05.2001 auf dem Bankparkplatz zu übergeben. Sollte dies nicht erfolgen, werden wir eine Anzeige der Polizei übergeben mit Fahndung und Sicherstellung des Autos.

Ich kann die bestehende Situation nicht weiter verantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Volksbank Dortmund-Nordwest e.G.

gez.
Külke



PP Dortmund
PI Nord

01.06.2001

Verfügung

1) Vermerk: EMA-Überprüfung ergab, dass die Beschuldigte Carina Plassmann, geb. Borgelt, geb. 07.06.1963 in Herne, verzogen ist nach 44625 Herne, Walter-Bälz-Str.76.

2) Urschriftlich mit Akte

der PI Herne

zur Fortsetzung der weiteren Ermittlungen.


(Theile, KK)

9



PP Bochum
PI Herne

Herne, 19.06.2001

1. Vermerk:

Die Wohnung der Beschuldigten in Herne, Walter-Bälz-Str.76, wurde am 18.06.2001 gegen 07.45 Uhr aufgesucht. Angetroffen wurde die 17-jährige Tochter Yvonne der Beschuldigten.

Am selben Tag, gegen 08.30 Uhr, hielt Frau Plassmann hier fernmündlich Rücksprache.

Nach Darlegung des Sachverhalts und Belehrung teilte die Beschuldigte mit, dass sie noch im Besitz des Fahrzeuges VW Sharan sei. Das Fahrzeug sei entgegen der Ankündigung der Volksbank von dieser nicht abgemeldet worden und würde von ihr und ihrer Familie benutzt. Nach Ihrem Umzug in die Walter-Bälz-Str. Mitte Mai habe sie den Kraftfahrzeugschein ordnungsgemäß dem Straßenverkehrsamt zur Änderung der Anschrift vorgelegt, was dann auch erfolgt sei.

Frau Plassmann will sich von sich aus mit der Volksbank Dortmund-Nordwest in Verbindung setzen, um die Angelegenheit endgültig aus der Welt zu schaffen.

2. Urschriftlich mit Akte

der Staatsanwaltschaft Bochum

nach Erledigung zum weiteren Befinden übersandt.

Forster
Forster, KK

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Die Walter-Bälz-Str. in Herne liegt im Bezirk des Amtsgerichtes Herne und des Landgerichtes Bochum.

Dem Vortrag liegt die Austauschprüfungsaufgabe Nr. 4116 des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten – Landesjustizprüfungsamt – zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

A. Strafbarkeit gem. § 263 I StGB

In Betracht käme eine Betrugsstrafbarkeit gem. § 263 I StGB anlässlich des Abschlusses des Darlehensvertrages durch Täuschung über die Rückzahlungsfähigkeit oder –bereitschaft. Dies dürfte der Beschuldigten aber wohl nicht nachzuweisen sein. Immerhin handelte es sich ausweislich des Darlehensvertrages offenbar um eine schlichte Umschuldung bestehender Kontokorrentverbindlichkeiten, so dass davon auszugehen sein dürfte, dass die Bank über das – seinerzeitige – Unvermögen zur sofortigen Rückzahlung im Bilde war. Gegen eine Täuschungsintention der Beschuldigten sprechen zudem die offenkundig in erheblichem Maße – wenn auch nicht immer fristgemäß – geleisteten Tilgungen, weil laut Schreiben der Volksbank vom 12.04.2000 sowie vom 02.05.2001 innerhalb des ersten Jahres rund die Hälfte zurückgezahlt wurde und bis zur Anzeigeerstattung der Saldo auf ca. 21.000 DM reduziert war. Zudem dürfte fraglich sein, ob durch eine Umschuldung überhaupt ein Schaden eingetreten sein kann, weil es vermutlich dazu seinerzeit keine wirtschaftlich sinnvolle Alternative gab.

Denkbar wäre aber ein Betrug im Hinblick auf die telefonische Absprache vom 08.05.2001 (bzw. auch im Hinblick auf vorherige, im Schreiben der Volksbank vom 02.05.2001 erwähnten, Zahlungsversprechen der Beschuldigten), in welcher die Beschuldigte offenbar versuchte, die Rückgabe des PKW zu verzögern und sich somit weiterhin im – vermögenswerten – Besitz des Fahrzeuges zu halten. Das weitere Geschehen dürfte darauf hindeuten, dass die Beschuldigte nicht in der Lage war, den Restsaldo in der angekündigten Frist auszugleichen. Allerdings dürfte die Entstehung eines Schadens auf Seiten der Volksbank durch die Verfügung (Verzicht auf sofortigen Zugriff) wohl nicht festzustellen sein. Denn die Bank hat offenbar bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht den Besitz des PKW zurückerlangt und diesbezüglich auch keine weiteren Bemühungen angestellt. Um einen Vermögensschaden bejahen zu können, müsste festgestellt werden können, dass die Bank ohne den Anruf der Beschuldigten tätig geworden wäre und (ggf. gerichtliche) Maßnahmen eingeleitet hätte. Da die Volksbank sich aber über Monate bzw. sogar Jahre hinweg auf die Zusagen der Beschuldigten eingelassen hat, dürfte aber einiges dagegen sprechen, dass sie diesmal versucht hätte, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Mit entsprechender Argumentation dürfte aber vertretbar sein, einen Vermögensschaden zumindest in Form einer schadensgleichen Vermögensgefährdung anzunehmen. Denn mit weiterem Zeitablauf könnten sich die Chancen der Volksbank verschlechtert haben, noch an den PKW zu gelangen, da die Beschuldigte insoweit mehr Zeit hatte, den Wagen beiseite zu schaffen. Auch der fortschreitende Wertverlust des PKW dürfte dazu führen, dass dieser keine ausreichende Sicherheit mehr für die Forderungen der Volksbank bietet.

Sollte mangels Vermögensschadens ein vollendeter Betrug abgelehnt werden, so dürfte aber ein versuchter Betrug gem. §§ 263 II, 22, 23 StGB in Betracht kommen, da die Beschuldigte in Kenntnis ihrer Zahlungsunfähigkeit den Vorsatz gehabt haben dürfte, die Volksbank von von der Beschuldigten erwarteten sofortigen Zwangsmaßnahmen abzuhalten.

B. Strafbarkeit gem. § 246 StGB

Eine Unterschlagung nach der genannten Vorschrift durch die Nichtherausgabe des PKW dürfte am Erfordernis der Zueignungshandlung scheitern. Die bloße Nichtherausgabe geschuldeter Sachen ohne weitere Manifestation des Willens, diese endgültig unter Ausschluss des rechtmäßigen Eigentümers dem eigenen Vermögen zuzuführen, genügt regelmäßig nicht. Es muss insoweit eine Rechtspflicht zur Herausgabe vorliegen (was hier aufgrund des Sicherungsvertrages der Fall ist) und deren Nichterfüllung zu dem Zwecke geschehen, das bisherige Eigentum nicht mehr anzuerkennen (Tröndle/Fischer, § 246, RdNr.14). Dass die Beschuldigte die Eigentümerstellung der Volksbank nicht anerkennen wollte, dürfte ihr kaum nachzuweisen sein.

Vertretbar wäre es aber, die Eintragung der neuen Anschrift in den KFZ-Schein als Zueignungshandlung zu begreifen. Die Beschuldigte hat insoweit vorgegeben, dass der Wagen weiterhin auf sie als Halterin zugelassen sei. Allerdings fallen Haltereigenschaft und Eigentümerstellung häufig auseinander, so dass die Zulassung isoliert betrachtet allenfalls als Dokumentation des Nutzungswillens, nicht aber notwendigerweise des An- und Enteignungswillens zu werten ist. Im Hinblick darauf, dass die Bank als Eigentümerin aber mit Schreiben vom 12.4.2000 die Nutzungsbefugnis der Beschuldigten jedenfalls konkludent entzogen hatte, indem sie die Herausgabe des Fahrzeuges forderte und die Abmeldung ankündigte, könnte man gut das Ergebnis vertreten, dass eine derart aktive und deutliche Ignorierung des Eigentümerwillens zur Manifestation des Zueignungswillens ausreichend ist.

C. Prozessuales

Vorzuschlagen könnte danach eine Strafrichteranklage zum AG Herne als Wohnsitzgericht (§ 8 I StPO) sein; auch ein Strafbefehlsantrag wäre gut vertretbar.

In Betracht käme auch eine Beantragung der Beschlagnahme des PKW im Wege der Zurtückgewinnungshilfe nach §§ 111 b V, I, 111 e StPO. Ob diese Zurtückgewinnungshilfe im Einzelfall geboten erscheint, steht jedoch im Ermessen der Beschlagnahmebehörde (Kleinknecht/Meyer-Goßner, § 111 b, RdNr.6). In Anbetracht des Umstandes, dass die Bank die rechtlichen Mittel und Ressourcen hat, ohne Hilfe der Strafverfolgungsbehörden selbst im Zivilrechtswege gegen die Beschuldigte vorzugehen, würde eine Beschlagnahme in der Praxis daher wohl eher unterbleiben.

Textkontrolle: StGB, StPO